

Gert Wangermann

Theoria cum praxi – Quo vadis societas scientiarum?¹

Am 3. Mai 2002 wurde das Leibniz-Institut für interdisziplinäre Studien (kurz LIFIS) gegründet – als Kind wie als Partner der Leibniz-Sozietät. Und eingedenk der Leibnizschen Devise, „man müsste gleich anfangs das Werck samt der Wissenschaft auf den Nutzen richten“.

Weshalb diese erneute Symbiose zwischen einer Gelehrten-gesellschaft und einer der Praxis zuge-wandten Institution? Weshalb, nachdem im Jahr 1990 die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR durch politisch motivierte Entscheidungen von ihren Forschungsinstitu-ten getrennt wurde und diese, dem Föderalprinzip folgend, in die Obhut der damals „neuen“ Bun-desländer gelangten? Zudem in einer Gegenwart, da öffentlich über den Nutzen von Wissenschaftsakademien für Staat und Gesellschaft gestritten wird. Freilich wiederum mit Argu-menten, die intime Kenntnisse über das Wesen des Forschungsprozesses und dessen effektiver Or-ganisation vermissen lassen.

Der Versuch einer Antwort muss dem Blick in die Wissenschaftsgeschichte der Neuzeit folgen.

Leibniz und die Grundlegung der Interdisziplinarität

Die Genealogie wissenschaftlicher Akademien nach unserem heutigen Verständnis beginnt im 17. Jahrhundert, dem Zeitalter der Aufklärung, als Gegenentwurf zum scholastischen Wissenschafts-verständnis des Mittelalters. Zu den ersten Akademien jener Zeit zählen die 1630 in Rom gegrün-dete Accademia dei Lincei, die 1645 in Oxford als Privatgesellschaft ins Leben gerufene Royal Society, später nach London verlegt und als Einrichtung des Staates eröffnet, sowie 1635 die Aca-démie francaise. Mit Blick auf die vielseitig fortschreitende Wissenschaft gründete schließlich Colbert unter Ludwig XIV. eine Naturwissenschaftliche Gesellschaft, aus der 1666 die Académie des sciences hervorging. Nach dem Vorbild dieser Institutionen wurden auch in anderen europäi-schen Ländern Akademien gebildet, von denen nicht wenige zu nationaler Größe erwachsen.

Die Entwicklung in Deutschland verlief auf anderen Wegen. Hier war im wesentlichen den Uni-versitäten – zugleich mit der Lehre – die Pflege und Fortentwicklung der Wissenschaften überlas-sen worden. Entscheidende Gründe lieferten dabei insbesondere der staatliche Partikularismus und eine ungenügende Konzentration wissenschaftlicher Potentiale. Versuche, gegen Ende des 17. Jahrhunderts beispielsweise ein Collegium artis consulterum von Reichs wegen durchzusetzen, endeten ohne Erfolg.

1 Siehe auch: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, Band 90 (2007), S. 5 ff.

Unter derlei Voraussetzungen formulierte Gottfried Wilhelm Leibniz in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erste Gedanken, Wissenschaft nicht als Selbstzweck, mithin bei mangelnder Achtung jeglichen praktischen Nutzens, zudem nicht in der strengen Trennung ihrer Teile zu betreiben. Vielmehr sollte a priori Wissenschaft in der Einheit ihrer Teile wirken und zudem nützlich sein.

Mit der Ausformung seiner Gedanken ging die in Gewissheit endende Hoffnung einher, in Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg – genauer wohl in Kurfürstin Sophie Charlotte, als verständnisvoller Fürsprecherin – einen Souverän gefunden zu haben, der den Leibnizschen Plänen, aus welchen Gründen auch immer, gewogen war.

In einer Denkschrift vom März 1700 „in Bezug auf die Einrichtung einer Societas Scientiarum et Artium in Berlin“ fasst Leibniz seine Überlegungen zur Gründung einer angemessen erscheinenden Anstalt zusammen:

„Solche Churfürstliche Societät müste nicht auf blosse Curiosität oder Wissensbegierde und unfruchtbare Experimenta gerichtet seyn, oder bey der blossen Erfindung nützlicher Dinge ohne Application und Anbringung beruhen, wie etwa zu Paris, London oder Florenz geschehen...; sondern man müsste gleich anfangs das Werck samt der Wissenschaft auf den Nutzen richten, und auf solche Specimina denken, davon der hohe Urheber Ehre und das gemeine Wesen ein Mehrers zu erwarten Ursache habe.“

Aufschlussreich ist dabei, dass Leibniz dem Begriff der Sozietät gegenüber dem einer Academia den Vorzug gibt. In einem Brief an den Hofprediger Jablonski vom 26. März 1700, merkt Leibniz dazu an:

„Es wäre künftig der Name der Societät besser als der Academie. Denn in Teutschland Academie mehr von Lehr- und Lernenden verstanden zu werden pflaget; allhier auch wahrhaftig eine Societät vieler auch entfernter Personen dienlich.“

Neben der allbekannten Betonung des Nutzens der Wissenschaft durch Leibniz, nämlich „gleich anfangs theoriam cum praxi“ zu verbinden, fällt auf, die Wissenschaft in aller Differenzierung an die Vielfalt einzelner Wissenschaftler fixiert und die Einheit der Wissenschaft als vom Zusammenwirken von Personen über deren fachliche Enge hinweg abhängig zu verstehen. Häufig wird übersehen oder verkannt, dass Leibniz einer jener Polyhistore seiner Zeit war, deren Wissenschaftsverständnis und dasjenige zur Wissenschaftsorganisation von der Ganzheit der Wissenschaft in ihren Teilen geprägt wurde – seinen Vorfahren und Vorbildern im Geiste gleich: Descartes und Bacon. Heute steht der uns längst geläufige Ausdruck der interdisziplinären Zusammenarbeit für sein Verlangen.

Das Zusammentreffen der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen unter einem Dach sollte der gegenseitigen „Befruchtung“ dienen und die Möglichkeiten der praktischen Verwertung vorgetragener und kritisch diskutierter Forschungsergebnisse, über die Grenzen der einen Disziplin ausgreifend, zum „allseitigen Nutzen vermehren“. Eine Sozietät sollte die besonderen Bedingungen bieten, selbst erworbenes Wissen durch Austausch zu prüfen, in das Gebäude der Wissenschaft einzuordnen und von daher erst, nach gemeinsamer Anstrengung, praktisch wirken, d.h. nützlich werden zu lassen. Das Ganze sollte die Potenzierung der Teile sein.

Jenes „theoria cum praxi“ wird für Leibniz nur praktikabel, wenn „Mathesis und Physica“ und unter diesen – im Verständnis seiner Zeit – hie Geometria, Astronomia, Architectonica, Mechanica, da Chymia mit den drei Regna Minerale, Vegetabili et Animale zusammenwirken. Dabei wird seine Sicht auf das Gebäude der Wissenschaft gleichsam durch die Einheit von Theorie und Praxis jeder einzelnen Disziplin wie derjenigen aller Disziplinen bestimmt:

„Bei dem Regno Vegetabili ist Botanica, daraus die Agricultura neben der Gärtnerrey und Forstwesen fließet. Und das Regnum Animale, dessen rechte Erkenntnis von den Anatomie dargegeben wird, hat Thierzucht, Waidwerk und viel Anders (der hohen Sciencz der Medicin zu schweigen) in sich.“

schreibt Leibniz in einer Denkschrift an Kurfürst Friedrich III. vom 26. März 1700 und gibt darin zugleich seine Vorstellungen zur Struktur der geplanten Sozietät zu erkennen. Nicht zuletzt weist Leibniz bei dieser Gelegenheit auf die Notwendigkeit, die Sozietät mit Laboratorien und Instrumentarien, also Forschungspotentialen auszurüsten – eine Forderung, die erst in späterer Zeit und auf verschlungenen Pfaden ihre Erfüllung fand.

Das Zeitalter der Diversifikation

Im Gegensatz zu den Gründungen in Paris und London, auch anders als bei der 1652 in Schweinfurt gegründeten Academia naturae curiosorum – der 1879 nach Halle verlegten heutigen Deutschen Akademie der Naturforscher (Leopoldina) – bei denen ein bereits tätiger Zirkel von Wissenschaftlern nachträglich in den Rang einer Akademie erhoben wurde, griff der Staat schon deutlich vor dem Stiftungsakt der Berliner Akademie prägend in den Vorgang des Organisierens und Strukturierens ein. Conrad Grau bemerkte dazu 1988 in seinem Werk „Berühmte Wissenschaftsakademien“:

„Der Staat nutzte und entwickelte nicht mehr nur Bestehendes weiter, indem er es seinen Zwecken dienstbar machte. Nicht zuletzt die Académie des Sciences in Paris und die Royal Society in London hatten gezeigt, daß, ausgehend von den Bedürfnissen der Wissenschaftsentwicklung, die Existenz einer Akademie gleichsam zum Bestand eines Staates zu gehören begann. Immer mehr Fürsten sahen in der sichtbaren Förderung der Wissenschaft durch Akademien und Gesellschaften ein Mittel zur Erhöhung ihres Prestiges, aber auch zur Förderung der Wirtschaft im weitesten Sinne dieses Begriffs.“

Unter den deutschen Fürstentümern des ausgehenden 17. Jahrhunderts konnte Brandenburg fraglos über innere und äußere Voraussetzungen verfügen, welche die Gründung einer Akademie zu solcherart Zwecken besonders begünstigte. Leibniz sah daher in Berlin die vergleichsweise größte Chance, seinen Plan zu verwirklichen.

An der Wende zum 18. Jahrhundert vollzogen sich im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gravierende Veränderungen, die eine wachsende Unabhängigkeit der Fürstentümer von der sich abschwächenden Zentralgewalt zum Ziel, wenigstens aber zum Ergebnis hatten. Auf diesem beständig partikulären Boden entstanden – Leibnizens Plan oder dem Vorbild Preußens mehr oder weniger folgend – weitere Akademien besonderen Zuschnitts. So die Akademie der Wissenschaften in Göttingen 1751, die Bayerische Akademie der Wissenschaften München 1759, die Sächsische Akademie der Wissenschaften 1791, hervorgegangen aus der 1746 gegründeten Königlich Sächsischen Akademie der Wissenschaften und schließlich im 20. Jahrhundert die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909, die Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz 1949, die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften in Düsseldorf 1963 und die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften in Berlin 1992. Als Nachhut des 21. Jahrhunderts und vorläufig wohl letzte wurde im Jahr 2006 die Akademie der Wissenschaften in Hamburg eröffnet.

Während die Gründungen im 17. Jahrhundert notwendige und nützliche Reaktionen auf die scholastische Enge mittelalterlicher Universitäten waren, verloren Akademien im 18., mehr noch im

19. Jahrhundert zunehmend an Bedeutung. Die Fortschritte der Wissenschaft und die Bedürfnisse der Wirtschaft erzwangen eine schnelle Weitergabe soeben erworbener Erkenntnisse und führten zur Neubestimmung von Inhalt und Struktur der Wissensvermittlung – mithin der Universitäten.

In einer unvollendeten Denkschrift „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ der Jahre 1809/10 stellt Wilhelm von Humboldt zu dieser Entwicklung fest:

„Geht man der Sache genauer nach, so haben Akademien vorzüglich im Auslande geblüht, wo man die Wohlthat deutscher Universitäten noch jetzt entbehrt, und kaum nur anerkennt, in Deutschland aber vorzugsweise an Orten, denen Universitäten mangelten, und in Zeiten, wo es diesen noch an einem liberaleren und vielseitigeren Geiste fehlte, In neueren Zeiten hat sich keine sonderlich ausgezeichnet, und an dem eigentlichen Emporkommen deutscher Wissenschaft und Kunst haben die Akademien wenig oder gar keinen Anteil gehabt.“

Seither hat das Entstehen neuer Lehr- und Forschungsanstalten eine nahezu exzessiv zunehmende Produktion insbesondere naturwissenschaftlicher und technischer Forschungsergebnisse zur Folge – und umgekehrt. Die Anzahl deutscher Universitäten, Hochschulen und Technika, schließlich solcher Organisationen, wie der 1911 in Berlin gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft e.V. – seit dem Jahr 1948 Max-Planck-Gesellschaft – oder der 1949 gegründeten Fraunhofer-Gesellschaft e.V., der im Jahr 1990 konfigurierten Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. sowie der 1995 gleichfalls aus einer Vorgängerinstitution hervorgegangenen Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V., die sich einerseits der Einheit von Forschung und Lehre bzw. in der Hauptsache der Grundlagenforschung, andererseits der Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft verschrieben haben, erhöhte sich im 20. Jahrhundert drastisch und erhöht sich noch immer. Und mit der Anzahl deren territoriale Verteilung.

Mit solcher Vermehrung, Differenzierung und Spezialisierung wissenschaftlicher Institutionen korrespondierte eine schier endlose Vervielfachung, Diversifikation und Verfeinerung des wissenschaftlichen Instrumentariums. Und mit dem mannigfaltigen Instrumentarium wuchs und wächst die Verführung zur ausschließlichen Analyse des Forschungsgegenstandes, mithin der Welt. Die Gefahr des Verlustes synthetisierender und integrierender Fähigkeiten, des dialektischen, ganzheitlichen und damit hinreichend vorausschauenden Denkens und Handelns ist längst zum existentiellen Problem unserer Zeit geworden. Die Einheit der Wissenschaft ist in Frage gestellt. Und mit der Diversifikation des Gegenstandes zugleich dessen Beschreibung, die Sprache.

Auch die Sozietät des Gottfried Wilhelm Leibniz, seit dem Statut vom 24. Januar 1744 entgegen der Intention ihres Begründers „Akademie der Wissenschaften“ genannt, hat in ihren einzelnen Entwicklungsstadien diese Diversifikation durch eine wechselnde und wachsende Teilung in Klassen zugelassen. Beschrieben beispielsweise die Statuten von 1744 und 1812 noch vier Klassen (Physic, Mathematic, Philosophie und Philologie) so waren in der Akademie ab 1949 sechs und seit 1969 bereits 11, zeitweise 12 Klassen tätig – eine Zersplitterung, die im Plenum, als der ursprünglich zur Integration bezweckten Versammlung aller Akademiemitglieder, schließlich gedanklich und sprachlich nur mühsam wieder aufgehoben werden konnte.

Ignoranz als untaugliches Mittel zum Zweck

Die skizzierte Entwicklung endet also in einer eigenwillig angelegten bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft. Hier eine Majorität von Universitäten, Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungsinstitutionen, vergleichsweise gut gerüstet mit quantitativ wie qualitativ hochrangigen

Forschungspotentialen. Dort eine Minorität einzelner Wissenschaftsakademien, kaum, zumindest nicht hinreichend mit adäquaten Forschungspotentialen ausgestattet. Die Akademie der Wissenschaften der DDR dürfte – nachträglich in diesen Kreis projiziert – eine der bemerkenswerten Ausnahmen gewesen sein.

Das Gleichgewicht zwischen beiden Organismen wird zusätzlich gestört, indem für die Majorität eine Bearbeitung ausgewählter Forschungsprobleme nicht zuletzt von der Finanzierung durch Wirtschaftsunternehmen, also von kurz- bzw. mittelfristigem Ertragsdenken abhängt – im Widerspruch zum Eigenauftrag der Minorität, der Akademien, weitgehend unabhängig von der Art und Weise ihrer Finanzierung, grundlegende Probleme über einen womöglich langfristig bemessenen Zeitraum bearbeiten zu wollen. Kurzum: Die „Stoffwechsel“ beider Organismen sind nicht synchronisiert. Derlei Gleichgewichtsstörungen werden überdies durch die Unwägbarkeiten einer chaotischen Globalisierung der Wirtschaft noch verstärkt, einen Vorgang, den die Wissenschaft längst wesentlich harmonischer hinter sich gebracht hat.

Als offensichtlich einzigen Ausweg aus diesem scheinbaren Dilemma ungleicher Voraussetzungen wagte der bundesdeutsche Wissenschaftsrat nach peinlicher Prüfung der Delinquenten im Jahr 2004 die Empfehlung anzubieten, Wissenschaftsakademien mögen sich fortan allein geistes- und kulturwissenschaftlichen Projekten zuwenden und den Naturwissenschaften, ebenso der Politikberatung abschwören. Die ohnehin durch die Diversifikation der Wissenschaft selbst gefährdete Ganzheit der Wissenschaft solle nun also auch von Staats wegen aufgegeben und dem Zeitgeist geopfert werden.

Würde die Wissenschaftslandschaft weniger als anscheinend regellose Anhäufung einzelner Komponenten, sondern mehr als „virtuelles“ Netzwerk erkannt worden sein, hätte eine sorgfältigere Analyse aller seiner Komponenten gewiss zu anderen Schlussfolgerungen führen können. Der Auftrag des Staates – genauer wohl: des jeweiligen Bundeslandes – an die Universitäten und Hochschulen besteht doch darin, Wissen an die Lernenden grundsätzlich *disziplinär* strukturiert zu vermitteln. Indes besteht der selbst gestellte Auftrag der Wissenschaftsakademien – sofern sich diese dem Leibnizschen Konzept verpflichtet fühlen – im Erkennen, Diskutieren und Bearbeiten *interdisziplinärer* Probleme, im Verknüpfen der gelehrten und praktizierten Disziplinen zum ganzen Gebäude der Wissenschaft. Hie das Ganze in seinen Teilen, da die Teile als Ganzes. Mithin folgen beide im Organisieren ihrer Tätigkeit sich gegenseitig ergänzenden und daher unverzichtbaren Strukturprinzipien. Also *zwei eigenständige*, zur Kooperation aufgeforderte Exzellenzen!

In einem Schreiben an Jablonski vom 12. März 1700 lässt Leibniz erkennen, dass es der Sozietät „...neben dem Observatorio auch ein Laboratorium, samt allerhand Kunst-Wercken; zu geschweigen des übrigen *physici apparatus*, daran denn bey eines grossen Potentaten Hof nicht wohl ermangeln kann. Solte nun gleich anfangs die Sache nicht in dieser Extension zu exequiren seyn, so müste doch um der Reputation willen das Concept also gefasset werden, damit man sich vorsetze einen *scopum dignum magnitudine & gloria fundatoris*.“

Dieses Ziel blieb jedoch langwährend gefälliges Hoffen – mehr oder minder für alle Wissenschaftsakademien deutscher Lande.

Ironie der Geschichte mag sein, dass das von Leibniz erdachte Organisationsideal einer Sozietät – gleichwohl Gelehrtengesellschaft und Forschungsstätte zu sein – in Europa erstmals mit der Eröffnung der Petersburger Akademie der Wissenschaften im Jahr 1725 durch Katharina I., der Vollstreckerin des Reformwillens Peter I., zur Realität erwuchs. A priori fiel dieser Akademie im Staate eine Monopolstellung zu, die mit der Gründung der Sowjetunion, definitiv aber im Jahr 1925 auf

die „Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ übertragen, nach dem Zweiten Weltkrieg in alle sozialistisch genannten Länder exportiert wurde und sich auf diesem Weg im Osten Deutschlands seit dem 7. Oktober 1972 als „Akademie der Wissenschaften der DDR“ manifestierte.

Charakteristikum solcherart zentralstaatlicher Wissenschaftsakademien war deren Überfrachtung durch Aufträge unterschiedlichster Provenienz – nicht zuletzt aus der Industrie – mit einer disproportionalen Vergrößerung des Forschungspotentials unter einem Dach, also einer zunehmenden Verfremdung und Hypertrophierung des Leibnizschen Konzepts als Konsequenz. Beispielsweise verfügte die Akademie der Wissenschaften der DDR im Jahr 1990 – neben ihrer aus 250 Mitgliedern bestehenden Gelehrtensozietät – über einen Verbund von nahezu 100 Forschungsinstituten und Service-Einrichtungen mit insgesamt etwa 25.000 Mitarbeitern. Das Resultat: Hie Osten, da Westen – und Leibniz dazwischen.

Das Ende der DDR und die Bestimmungen des so genannten Einigungsvertrages vom 31. August 1990 trennte die seit 1700 tätige Gelehrtensozietät von diesem Verbund und reduzierte die Akademie der Wissenschaften der DDR per Gesetz vom 23. September 1990 auf einen Zustand, der dem der „alt“-bundesdeutschen, im öffentlichen Bewusstsein längst als reformbedürftig erkannten Wissenschaftsakademien entsprechen sollte. Artikel 38, Absatz 2 des Einigungsvertrages legte dazu fest:

„Mit dem Wirksamwerden des Beitritts wird die Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen getrennt. Die Entscheidung wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik fortgeführt werden soll, wird landesrechtlich getroffen...“

Kein Zweifel: Nicht ob, sondern wie die Gelehrtensozietät fortgeführt wird, sollte landesrechtlich entschieden werden.

Reformation als Alternative

Der damalige Berliner Senat glaubte indes über dem Gesetz stehen zu dürfen und entschied, die Gelehrtensozietät nicht fortzuführen. Vielmehr wurde auf der Grundlage eines zwischen den Bundesländern Berlin und Brandenburg abgeschlossenen Staatsvertrages am 1. August 1992 eine ausdrücklich als „neu“ bezeichnete, vom Staat alimentierte Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften gegründet und in die Union der bundesdeutschen Wissenschaftsakademien aufgenommen. Die „Neuheit“ dieser Akademie bestand darin, die personelle Kontinuität und Tradition einer der ältesten deutschen Gelehrtenengesellschaften aufzugeben sowie über deren Vermögen verfügen zu dürfen. Eine in der deutschen Wissenschaftslandschaft historisch einmalige Zäsur.

Anders als von der Landespolitik vorgesehen, hat sich jedoch ein Großteil der „alten“ Gelehrtensozietät derlei Willkür widersetzt: Seit dem 15. April 1993 führt die Gelehrtensozietät der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR als „Leibniz-Sozietät e.V.“ im ausdrücklichen Bekenntnis zu ihrer ungebrochenen, wenngleich unsteten Geschichte die Arbeit fort – nunmehr als gemeinnütziger Verein juristisch neu verfasst. Die Anzahl der Klassen wurde auf zwei – eine naturwissenschaftliche sowie eine geistes- und sozialwissenschaftliche – begrenzt. Damit waren erste Voraussetzungen gegeben, wieder im Leibnizschen Sinne tätig werden zu können.

Diese Begrenzung war jedoch nur eine notwendige, keinesfalls hinreichende Voraussetzung für die deklarierte Verwandtschaft mit Leibniz. Entscheidende Voraussetzung für die Wahrung der aus jener Willkür geborenen Chance, eine Lücke in der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft schließen zu können, ist jedoch die Dominanz ganzheitlicher Denk- und Handlungsweisen, ist das Streben nach allgemeinverständlicher Darstellung selbst erworbener wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Grenzen der eigenen Disziplin und Klasse hinweg und endlich – wegen der unverzichtbaren Rezeption und Reflexion fremder Erfahrungs- und Wissensareale – die Allgemeinbildung des Generalisten. Voraussetzung ist gleichwohl, die Selbstverständigung innerhalb der Leibniz-Sozietät als Mittel zu dem Zweck zu gebrauchen, mit neuen, praktisch verwertbaren Erkenntnissen aktiv auf die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft hin- und rückwirken zu wollen.

„Wäre demnach der Zweck theoriæ cum praxi zu vereinigen, und nicht allein die Künste und die Wissenschaften, sondern auch Land und Leute, Feldbau, Manufacturen und Commerciën, und, mit einem Wort die Nahrungsmittel zu verbessern...“

fordert Leibniz in der bereits erwähnten Denkschrift vom März des Jahres 1700.

Einem solchen Zweck verpflichtet, hat sich die Leibniz-Sozietät den Umständen zu stellen, die ihr ein zeitgemäßes Wirken ermöglichen. Historische Bezüge dürfen sich dabei nicht selbst genügen, sondern müssen den Weg aus Vergangenheit und Gegenwart in eine bewusst zu gestaltende Zukunft weisen. Die Umstände werden heute durch regionale, nationale und globale Diskussionen existentieller Probleme der Menschheit beschrieben, sind also extrem komplexen, d.h. disziplin- und raumzeitübergreifenden Charakters: Frieden, Klima, Energie, Wasser, Ernährung, Bevölkerung. Interdisziplinäre Konzepte, interinstitutionelles Handeln erwachsen daher einer Gelehrten-gesellschaft zur Pflicht, spezifische Beiträge zur Bearbeitung und Lösung der genannten Probleme zu leisten.

Zu diesen Umständen zählt auch – und in besonderem Maße – dass die Leibniz-Sozietät, als gemeinnützige und deshalb nicht oder kaum alimentierte Institution, weitgehend vom Staat unabhängig agieren kann und damit der von Humboldt in seiner Denkschrift beschriebenen Stellung einer Akademie im Gefüge des Staates nahe kommt.

„Auf diese Weise muß die Idee einer Akademie als die höchste und letzte Freistätte der Wissenschaft und die vom Staate am meisten unabhängige Corporation festgehalten werden, und man muß es einmal auf die Gefahr ankommen lassen, ob eine solche Corporation durch zu geringe oder einseitige Thätigkeit beweisen wird, dass das Rechte nicht immer am leichtesten unter den günstigsten äußeren Bedingungen zu Stande kommt oder nicht.“

Als solcherart Souverän ist die Leibniz-Sozietät in der – wenngleich finanziell ungewöhnlich kargen – so doch intellektuell komfortablen Situation, ausschließlich im Eigenauftrag tätig sein zu können. Diese Tätigkeit darf sich jedoch nicht in endlosen akademischen Diskussionen über eine beliebige Auswahl jener „Weltprobleme“ innerhalb eines geschlossenen Zirkels erschöpfen, sondern muss – als notwendiges Korrektiv – den Austausch mit der gesellschaftlichen Praxis suchen und nutzen, beispielsweise mit der Wirtschaft, mit der Politik. Unter „Austausch“ ist sowohl das metasprachlich verständlich formulierte Angebot im interdisziplinären Dialog entstandener neuer Erkenntnisse *an die Praxis*, wie umgekehrt die gleichermaßen verständliche Aufforderung zum interdisziplinären Dialog *aus der Praxis* gemeint. Dabei darf der Vielfalt zweckmäßiger Umgangsformen keine Grenze gesetzt sein.

Wegen des unbedingten Erhalts ihrer Unabhängigkeit, aber auch wegen der für eine Annäherung derart unterschiedlicher Herkunfts- und Erfahrungsbereiche zu schaffenden Voraussetzungen, bedarf die Leibniz-Sozietät (die im Jahr 2007 mehr als 300 Mitglieder nationaler und internationaler Reputation zählen und sich „Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V.“ nennen wird) eines Partners, der zwischen Wissenschaft und Praxis zu vermitteln vermag. Somit eines Treuhänders, der sich als Initiator, Organisator und Koordinator versteht.

Das Leibniz-Institut für interdisziplinäre Studien (LIFIS)

Ausgehend von Diskussionen über die bis dato unzureichende Wahrnehmung und Wirkung der Leibniz-Sozietät in der Öffentlichkeit, empfahl das Präsidium der Sozietät am 10.05.2001, ein juristisch eigenständiges „Leibniz-Institut für interdisziplinäre Studien“ zu projektieren, dessen wissenschaftliche Betreuung durch die Sozietät erfolgen solle. Mit der Ausarbeitung eines entscheidungsreifen Konzepts wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, die sich am 31.05.2001 konstituierte, zunächst aus Mitgliedern des Präsidiums bestand, aber im weiteren Verlauf durch Vertreter der Praxis erweitert wurde.

Bereits nach der 1. Sitzung kam die Arbeitsgruppe zum Schluss,

„dass die Gründung des Instituts ein wesentlicher Schritt zur Beteiligung der Leibniz-Sozietät an der Lösung praxisnaher wissenschaftlicher Probleme, zur Reaktivierung des erheblichen, in der Sozietät vorhandenen intellektuellen Potentials, zur Aktualisierung des von ihrem Gründer, Gottfried Wilhelm Leibniz, erstrebten Zieles ‚gleich anfangs theoria cum praxi zu verbinden‘, mithin zur Aufhellung der gegenwärtigen Diskussion um den Sinn einer Akademie sein könnte.“

Wegen der im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern im Freistaat Sachsen prosperierenden mittelständischen Wirtschaft wurde als Sitz des zukünftigen Instituts Schloss Augustusburg favorisiert. Für Augustusburg sprach darüber hinaus, die Jahre zuvor vom Mitglied der Leibniz-Sozietät, Gerd Laßner, initiierten „Augustusburg-Konferenzen“ übernehmen und weiterentwickeln zu können, sowie eine für die erkennbare EU-Erweiterung (und damit zukünftig grenzüberschreitende Kooperation) geopolitisch günstige Lage im sächsisch-tschechisch-polnischen Länderdreieck.

In den folgenden drei Sitzungen wurden u.a. als eine der angemessenen Rechtsformen des Instituts die eines gemeinnützigen, von der Leibniz-Sozietät juristisch unabhängigen Vereins vorgeschlagen, erste Vorstellungen zur Aufgabenstellung sowie Entwürfe einer Satzung des Instituts beraten, Abstimmungen im Präsidium der Leibniz-Sozietät, mit Vertretern von Stadt und Region Augustusburg sowie der sächsischen Staatsregierung absolviert. Als Vorgriff auf zukünftige Vorhaben kamen Arbeitsgruppe und Leibniz-Sozietät überein, die zum Thema „Nanotechnologie“ für September 2002 vorgesehene 7. Augustusburg-Konferenz bereits als gemeinsame Veranstaltung zu realisieren.

Am 3. Mai 2002 wurde dann – wie eingangs vermerkt – das Leibniz-Institut für interdisziplinäre Studien e.V. von 12 anwesenden Personen in Berlin gegründet. Heute, im Jahr 2007, gehören dem Institut 20 Einzelpersonlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft an sowie, als sogenannte Netzwerkmitglieder, Korporationen wie BioCon Valley e.V., der Bundesverband Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren e.V. (ADT), die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V. (EUROSOLAR) und die Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Wirtschaft e.V. (GFWW). Überdies besteht zwischen Leibniz-Sozietät und Leibniz-Institut seit dem

28. April 2005 eine Kooperationsvereinbarung, die das partnerschaftliche Zusammenwirken beider Einrichtungen formal regelt.

Hauptsächlicher Zweck des Instituts ist, zwischen der Leibniz-Sozietät, der Wissenschaft im allgemeinen sowie anderen Bereichen der Gesellschaft – im besonderen der Wirtschaft – praxisrelevante Beziehungen zu initiieren und zu fördern. Wegen der zunehmenden Komplexität der bereits zitierten „Weltprobleme“ setzt dieser Zweck ausdrücklich die Initiierung und Förderung des interdisziplinären Dialogs innerhalb der Wissenschaft – d.h. von Natur-, Technik- und Geistes- sowie Sozialwissenschaften – voraus.

Das Institut ist keine Forschungseinrichtung im herkömmlichen Sinn, sondern will als „virtuelle“ Institution anderen Orts verfügbare Potentiale motivieren, organisieren, koordinieren, also Netzwerke jeweils zweckentsprechender Kompetenz knüpfen. Diese Konstruktion mag eigenwillig erscheinen, weil sie weder den differenten Traditionen bundesdeutscher Wissenschaftsakademien entspricht, noch eine Restitution der überdimensionierten Forschungseinrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR sein will – und nicht nur aus ökonomischen Gründen – sein kann.

Der Leser wird sich erinnern, dass – neben den Höheren Lehranstalten (gemeint sind hier die lehrenden Kompartiments der Universitäten und Hochschulen) und Akademien – von der Mannigfaltigkeit universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen die Rede war. Deren Gesamtheit bildet in der deutschen Wissenschaftslandschaft ein Potential, das bei der Organisation seiner Tätigkeit (beispielsweise zur Bearbeitung definierter Forschungsprojekte) eigenen, wegen der Heterogenität der Auftraggeber und Finanzierungsmodalitäten, vergleichsweise dynamischen Strukturprinzipien unterliegt und damit das System der Höheren Lehranstalten und Akademien als *dritte* Exzellenz auf besondere Weise komplettiert.

Ziel und gleichsam Methode des Leibniz-Instituts ist, diese vorzugsweise disziplinär ausgerichteten Forschungspotentiale in den interdisziplinären Dialog und die interdisziplinär ausgerichtete Bearbeitung komplexer Problemstellungen einzubeziehen. Dieser *erste* Schritt, ein *methodischer*, ist wesentliche Voraussetzung, den Leibnizschen Entwurf einer *societas scientiarum* für die Gegenwart und eine absehbare Zukunft zu adaptieren.

Seit Gründung hat sich das inzwischen mit der Kurzbezeichnung LIFIS eingeführte Institut auf diesem Weg folgenden Themenkomplexen zugewandt:

- Mikro- und Nanostrukturen und -systeme,
- Neue Materialien,
- Innovative Energiewandlung und -nutzung („Solarzeitalter“),
- Innovative Stoffwandlung und -nutzung,
- Informatik/Logistik,
- Klima- und Umweltschutz.

Von den dabei bislang erprobten Kooperationsformen hat sich die Fortführung und der Ausbau der „Augustusburg-Konferenzen“ als produktives Forum der gegenseitigen Verständigung und Problemdiskussion am ehesten bewährt. Fanden diese Konferenzen zunächst noch auf Schloss Augustusburg statt, genügte die dort vorhandene Infrastruktur bald nicht mehr dem wachsenden Zuspruch. Daher wurde der Sitz des LIFIS im Mai 2005 auf Schloss Lichtenwalde nahe Chemnitz und damit in die direkte Nachbarschaft einer modernen Tagungsstätte verlegt. Seither finden die

Konferenzen unter der neuen Bezeichnung „Leibniz-Konferenzen“ (Leibniz Conferences of Advanced Science) ihre Fortsetzung.

- 7. Augustusburg-Konferenz „Nanotechnologie“
05.–07. September 2002
- 8. Augustusburg-Konferenz „Solarzeitalter – Vision oder Realität“
11.–13. September 2003
- 9. Augustusburg-Konferenz „Siliciumzeitalter – Silicium für Mikroelektronik, Photovoltaik und Photonik“
22.–25. September 2004
- 1. Leibniz-Konferenz „Nanoscience 2005“
06.–08. Oktober 2005
- 2. Leibniz-Konferenz „Solarzeitalter 2006 – Stoffproduktion im Solarzeitalter“
11.–13. Mai 2006
- 3. Leibniz-Konferenz „Sensorsysteme 2006 – Stand der Forschung, Konsequenzen für die Gesellschaft“
12.–14. Oktober 2006
- 4. Leibniz-Konferenz „Logistik 2007 – Technik, Organisation und IT“
03.–05. Mai 2007.

Die Konferenzen haben sich zunehmend als geeignet erwiesen, über tradierte Grenzen hinweg, neue Allianzen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch innerhalb der Wissenschaft selbst zu bilden. Daher liegt nahe, in der Folge zukünftiger Konferenzen zu ausgewählten Problemen weiterführende Studien auszuarbeiten, die letztlich als Grundlagen für interdisziplinäre Gemeinschaftsprojekte dienen könnten.

In der nunmehr 5jährigen Tätigkeit des LIFIS wird allerdings deutlich, dass der Begriffsinhalt „Interdisziplinarität“ nicht selten verkürzt verstanden und praktiziert wird. So fällt die Zurückhaltung der Geistes- und Sozialwissenschaftler auf, sich an rein naturwissenschaftlich oder technisch anmutenden Veranstaltungen – wie den oben genannten – aktiv zu beteiligen. Entweder wird die weitreichende Relevanz solcher Themen für die Zukunft der menschlichen Gesellschaft nicht erkannt, übersehen oder die von langjährigen Traditionen vorgezeichneten Spuren erscheinen als ungleich verlockender. Dieses Verhalten wird zudem durch die Wissenschaftspolitik – in einem Fall direkt (die Empfehlung des Wissenschaftsrates, die Akademien mögen sich der Naturwissenschaften entledigen), im anderen wohl eher indirekt (das für 2007 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgerufenen „Jahr der Geisteswissenschaften“) – kaum in Frage gestellt.

Wie aber kann über Forschung, Entwicklung, Herstellung, Anwendung und mögliche Konsequenzen von Nanostrukturen, Sensorsystemen diskutiert, wie über zukünftige Energiewandlung und -nutzung konstruktiv gestritten werden, ohne – und nicht nur ausnahmsweise – der Mitsprache von Philosophen, Ethikern, Soziologen, Psychologen, Wirtschafts-, Rechtswissenschaftlern und anderen gewiss zu sein?

Von „Interdisziplinarität“ im Sinne einer ganzheitlichen Erkundung der Welt zu sprechen – und dies ist ja die vornehmste Aufgabe der Wissenschaft! – wird also erst dann berechtigt sein, wenn sich alle Zweige der Wissenschaft an der Suche nach Antworten beteiligen. Würde dieser Befund fortan die Tätigkeit aller „Akademiker“ bestimmen, wäre der entscheidende *zweite*, ein *inhaltli-*

cher Schritt getan, den Leibnizschen Entwurf zu einer *societas scientiarum* den gegenwärtigen und absehbaren Existenzbedingungen anzupassen. Dann erst wäre eine Symbiose jener beiden Einrichtungen tatsächlich vollzogen und die Frage „Quo vadis?“ erhalte eine (zunächst) gültige Antwort.

Die Wirtschaft interpretiert und praktiziert „Interdisziplinarität“ nach den zunehmend irrationalen Regeln des „globalen“ Marktes – bezogen auf Konkurrenzsituation, Bedarf, Produkt und Rentabilität, mit jeweils verfügbaren, opportun oder adäquat erscheinenden Teilen des Großen und Ganzen, zudem befristet. Und damit ohne sich selbst Antworten auf die komplexen Fragen über die Folgen ihrer Geschäfte geben zu wollen oder geben zu können. Blicke hier die Wissenschaft mit dem Blick auf das Ganze als kritisch-konstruktiver Partner vorausschauende Antworten schuldig, wäre der Leibnizsche Imperativ „*Theoria cum praxi*“ alsbald zur Disposition gestellt.

Literatur

Conrad Grau, *Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg.* Leipzig 1988.

Conrad Grau, *Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Eine Deutsche Gelehrten-gesellschaft in drei Jahrhunderten.* Heidelberg-Berlin-Oxford 1993.

Conrad Grau, *Der Akademiegedanke in Berlin nach 1945 aus wissenschaftshistorischer Sicht. Erweiterte Fassung eines Vortrags vor dem Plenum der Gelehrtensozietät (der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR) am 17. Oktober 1991. Als Manuskript veröffentlicht.*

Werner Hartkopf und Gert Wangermann, *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften. Von 1700 bis 1990.* Heidelberg-Berlin-New York 1991.

Herbert Hörz (Hrsg.), *Akademien in Zeiten des Umbruchs. Wissenschaftliches Kolloquium aus Anlass des 70. Geburtstages von Horst Klinkmann. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Jahrgang 2005, Band 81.* Berlin 2005.

Horst Klinkmann und Herbert Wöltge (Hrsg.), *1992 – Das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät, Band 2.* Berlin 1999.

Günter Kröber und Bernhard Lange (Hrsg.), *Sowjetmacht und Wissenschaft. Dokumente zur Rolle Lenins bei der Entwicklung der Akademie der Wissenschaften. Dokumente Nr. 41 und 42, S. 135-142 und 399-402.* Berlin 1975.

Werner Scheler, *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss zur Genese und Transformation der Akademie.* Berlin 2000.

Gert Wangermann, *Zur Entwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR. Analysen und Vorschläge, unveröffentlichtes Manuskript, 1990, Archiv der BBAW, VA 13045.*

Gert Wangermann, *Wissenschaftsakademien im westöstlichen Europa. Spektrum der Wissenschaft.* Januar 1992, S. 135 ff.

<http://www.bmbf.de/de/7189.php>

<http://www.leibniz-institut.de>

<http://www.wissenschaftsrat.de/Aufgaben/texte/6129-04.pdf>

[15.02.07]

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. Gert Wangermann
Leibniz-Institut für interdisziplinäre Studien e.V. (LIFIS)
Schlossallee 1
D – 09577 Niederwiesa-Lichtenwalde